

Änderungsantrag

der Abgeordneten Rainer Funke, Rainer Brüderle, Hans-Joachim Otto (Frankfurt), Gudrun Kopp, Gisela Piltz, Daniel Bahr (Münster), Ernst Burgbacher, Jörg van Essen, Otto Fricke, Hans-Michael Goldmann, Dr. Christel Happach-Kasan, Christoph Hartmann (Homburg), Dr. Werner Hoyer, Jürgen Koppelin, Dirk Niebel, Eberhard Otto (Godern), Dr. Andreas Pinkwart, Dr. Günter Rexrodt, Dr. Hermann Otto Solms, Dr. Rainer Stinner, Carl-Ludwig Thiele, Dr. Dieter Thomae, Dr. Volker Wissing, Dr. Wolfgang Gerhardt und der Fraktion der FDP

**zu der zweiten Beratung des Gesetzentwurfs der Bundesregierung
– Drucksachen 15/2316, 15/2345, 15/2674, 15/2679 –**

Entwurf eines Telekommunikationsgesetzes (TKG)

Der Bundestag wolle beschließen:

§ 115 wird wie folgt gefasst:

„§ 115

Veröffentlichung von Weisungen des
Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

Soweit das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit der Regulierungsbehörde allgemeine Weisungen für den Erlass oder die Unterlassung von Verfügungen nach dem Gesetz erteilt, sind diese Weisungen im Bundesanzeiger zu veröffentlichen.“

Berlin, den 9. März 2004

Dr. Wolfgang Gerhardt und Fraktion

Begründung

Mit dem Verzicht auf die Festschreibung von Einzelweisungen wird die Unabhängigkeit der Regulierungsbehörde gestärkt. Insofern wird auch Artikel 3 der EU-Rahmenrichtlinie, nach der „die Mitgliedstaaten die Unabhängigkeit der nationalen Regulierungsbehörden“ zu gewährleisten haben, besser umgesetzt. Die Festschreibung von Einzelweisungen ist zudem ein Bruch mit wettbewerbsrechtlichen Traditionen und kann dazu führen, dass die Regulierungsbehörde fiskalische Interessen des Bundes in ihren Entscheidungen zu berücksichtigen hat. Dem wirkt die obige Formulierung, die der bewährten Regelung des GWB angeglichen ist, entgegen.

